



Pressemitteilung

Berlin, 4. Januar 2012

Beiträge sind zuallererst für medizinische Versorgung da

Reinhardt: Bahr muss Gesetz gegen Bürokratie-Exzess auf den Weg bringen

Vor dem Hintergrund jüngster Studien über das Ausmaß von Bürokratiekosten im System der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hat der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, ein unverzügliches Gegensteuern der Politik gefordert. Gesundheitsminister Bahr könne sich ein liberales Denkmal setzen, wenn er noch in dieser Legislaturperiode ein GKV-BAG (Bürokratieabbaugesetz) auf den Weg bringe. **„Wenn ein Kostendämpfungsgesetz jemals Sinn gemacht hat, dann ein solches, das endlich den Moloch Bürokratie auf den Kopf stellt und so lange schüttelt, bis ihm kein Cent mehr aus der Tasche fällt“**, sagte Reinhardt heute in Berlin. Es müsse endlich Schluss sein mit dem Wahnsinn einer alles erdrückenden und überwuchernden Überregulierung des Gesundheitssystems.

Alle Player des Gesundheitswesens seien in diesem Sinne gut beraten, ausnahmsweise einmal gemeinsam auf den Gesetzgeber einzuwirken, statt sich gegenseitig „die Kosten in die Schuhe zu schieben“, so der Hartmannbund-Vorsitzende. Niemand sei so blauäugig zu glauben, ein komplexes Leistungssystem wie die GKV könne ohne Organisations- und Verwaltungskosten auskommen. Doch die **Beitragsfelder der Versicherten müssten in erster Linie für die Gesundheitsversorgung zur Verfügung stehen**. Irrwitzige Dokumentations- und vor allem Abrechnungsformalien, die nur dazu dienen, dass Kassen und Kassenärztliche Vereinigungen die höchst komplexen Geldflüsse überhaupt noch

HB-Pressestelle
Michael Rauscher (Leiter)
Petra Schröter (Sekretariat)
Tel.: 030 206208-11
Fax: 030 206208-14
E-Mail: presse@hartmannbund.de

Hauptgeschäftsführung
Schützenstr. 6 a
10117 Berlin
Telefon: 030 206208-0
Telefax: 030 206208-29
E-Mail: hb-info@hartmannbund.de
Internet: www.hartmannbund.de

Deutsche Apotheker-
und Ärztebank eG Düsseldorf
Konto-Nr. 120 108 5018
BLZ 300 606 01
Ust.-Nr.: 27/620/56879

steuern können, sollten endlich einer bürokratiearmen Abrechnungssystematik weichen, bei der die Versorgung der Versicherten im Mittelpunkt steht.

Entsprechenden politischen Handlungsbedarf sieht Reinhardt nicht zuletzt auch durch die Ergebnisse der Weiterbildungsevaluation der Bundesärztekammer bestätigt. Dabei hatten die in Ausbildung befindlichen Ärzte gerade Bürokratie als Frustrationselement bezeichnet – nach Überzeugung Reinhardts besonders mit Blick auf die vielen Aussteiger aus der kurativen Medizin ein alarmierendes Signal.